

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Anzeigen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Meiner, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 30. Mai. Der Kaiser wird am
Mittwoch dem Stapellauf der Kreuzerflotte „J“
beizuhören und dann die aus Amerika zurück-
gekehrte Kreuzerflotte „Kaiserin Augusta“ besich-
tigen. Auch die Danziger Garnison wird wahr-
scheinlich besichtigt werden. Dann kehrt der Kaiser
nach dem Neuen Palais zurück. Er wird hier,
abgesehen von kleineren Ausflügen, bis zur zwei-
ten Juliwochen verbleiben. Es ist die ausgesprochene
Absicht des Kaisers, den neuen Reichstag in Per-
son zu eröffnen. Die Eröffnung dürfte wieder,
und zwar nach längerer Pause zum ersten Male,
im Weißen Saale des königlichen Schlosses er-
folgen, und das Publikum, soweit der Platz aus-
reicht, Zutritt zu dem Eröffnungsakt erhalten.
Daß der Kaiser im Juli eine mehrwöchentliche
Erholungsreise antreten wird, steht fest. Ueber
das Ziel und die Dauer sind noch alle Bestim-
mungen vorbehalten. Die Kaiserin wird den
Kaiser nicht begleiten.

Die Zentrums-kandidaten Nabbly (Franken-
stein-Münsterberg) und Neutwig (Strigan-
Schweidnitz) haben erklärt, eventuell für die neue
Militärvorlage stimmen zu wollen, wenn die
Kassen auf tragfähige Schultern gelegt würden.

Die Sozialdemokratie hat in nicht weniger
als 316 Wahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt,
also bisher nur 81 Wahlkreise in ganz Deutsch-
land mit ihrem Angriff versehen. Die bürger-
lichen Parteien konnten sich an der Mäßigkeit und
Opferfreude der Sozialdemokraten ein Muster
nehmen.

Der Zentralverband deutscher Industrieller
stellt bei seinen Vereinen und Verbänden, sowie
einzelnen Mitgliedern eine Untersuchung darüber an,
welche Schwierigkeiten ihnen oder ihren Mit-
gliedern bei dem Geschäftsbetriebe in Schweden
erwachsen. Es handelt sich hierbei um die bereits
vom Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirt-
schaftlichen Interessen in Rheinland und West-
falen erörterte Tatsache, daß die in Schweden
für nichtschwedische Geschäftstreibende geltenden
Bestimmungen über die von ihnen zu erlegenden
Handelspatentzinsen seitens der schwedischen Be-
höörden in einer Weise gehandhabt werden, die auch
dem deutschen Geschäftsvorkehr nach Schweden
weitgehenden Eintrag tut. Zwar ist, wie re-
gierungsseitig einer Handelskammer mitgeteilt
worden ist, dem schwedischen Reichstage eine Vor-
lage zugelegt, welche die jetzt zu Recht bestehenden
Bestimmungen mildern soll. Während gegenwärtig
der Ausländer, welcher ohne die erforderliche
Konzeption Handel treibt, außer mit Geldbuße mit
der Konfiskation sämtlicher zum Verkauf gebrach-
ten Waren bestraft wird, soll künftig die Kon-
fiskation der Waren wegfallen und nur eine Be-
schlagnahme insoweit stattfinden dürfen, als dies
zur Deduktion der dem ausländischen Geschäfts-
mann auferlegbaren Geldstrafen und Entschädigun-
gen erforderlich ist und nicht eine andere Sicher-
heit gestellt wird. Es ist jedoch ungewiss, ob
diese Änderung, wenn sie Gesetz wird, schon
genügt, um allen auf den fraglichen Gebieten be-
stehenden Mißständen abzuhelfen. Jedenfalls hält
es der Zentralverband für angezeigt, am maß-
gebenden Stelle darauf hinzuwirken, daß eine Ab-
änderung der in Rede stehenden veralteten Be-
stimmungen bei der schwedischen Regierung in
Anregung gebracht und die Gleichstellung deut-
scher in Schweden Geschäfte treibender Firmen
mit den schwedischen Geschäftstreibenden geordnet
wird.

Die Beschlüsse der beiden zur Vor-
berathung der Steuerreformgesetz eingelegten Kom-
missionen des Herrenhauses, erst am 19. und 20.
Juni zusammenzutreten, berechtigen zu der An-
nahme, daß diese Kommissionen zwar gründlich,
aber zugleich sehr schnell zu arbeiten gedenken.
Daß dies auch bei schwierigen Arbeiten seitens
Herrenhauskommissionen möglich ist, hat u. a.
die kommissarische Verathung des Einkommen-
steuergesetzes bewiesen, welche in der gründlichsten
Weise in sehr kurzer Zeit, freilich mit ungewöhn-
licher Anspannung der Kräfte, durchgeführt wor-
den ist. Wird jetzt ebenso gearbeitet und ebenso
die Berichterstattung beschleunigt, so ist es nach
wie vor möglich, selbst bei Abweichungen von den
Beschlüssen des Abgeordnetenhauses im Einzelnen
die Landtagsession in der ersten Hälfte Juli zu
schließen.

Ziehen sich allerdings die kommissarischen
Verathungen im Herrenhause weiter hinaus, oder
ergeben sich zwischen beiden Häusern tiefergehende
Meinungsverschiedenheiten, so kann durch die Ver-
schiebung des Zusammentritts der Herrenhaus-
kommissionen leicht eine Ausdehnung der Land-
tagsession über die erste Hälfte des Monats Juli
hinaus herbeigeführt werden.

In Abgeordnetentagen ist man der Mei-
nung, daß das Vermögenssteuergesetz bei einigen
Herrenhausmitgliedern zwar ernstlichen, grun-
dsätzlichen Bedenken begegne, im Einzelnen aber
wenig angefochten werden wird und daß auch in
den beiden anderen Vorlagen nur einige wichtige
Punkte, welche auch im Abgeordnetenhause ernst-
lich umstritten worden sind, wie z. B. die Rück-
zahlung der Grundsteuerentlastung und die
Kommunalbesteuerung des Einkommens aus
Dividenden und ähnlichen Gewinnaufschlägen im
Herrenhause abweichend von den Beschlüssen des
Abgeordnetenhauses geregelt werden dürften. Al-
sdann würde vornehmlich die Verständigung
zwischen den beiden Häusern des Landtages in
kurzer Zeit und ohne Schwierigkeit sich herbei-
führen lassen und demzufolge die Aussicht auf
einen nicht allzu späten Abschluß dieser ohnehin
schon langen Session sich eröffnen.

Frankfurt a. M., 29. Mai. Der Jahres-
bericht der deutschen Kolonialgesellschaft, welcher in
der Hauptversammlung am 27. Mai zur Ver-
theilung kam, enthält sehr eingehende Mittheilungen
über die Arbeiten der Gesellschaft, beginnend mit
einer Statistik über den Bestand an Mitgliedern
und Abtheilungen, welche letztere im Jahre 1892
auf 261 gestiegen sind.

Der Vorstand hat im Berichtsjahre drei
Sitzungen abgehalten, in denen die Siedelungs-
arbeiten in Südwestafrika unterstützt, namhafte
Summen für wissenschaftlich-wirtschaftliche Unter-
suchungsstationen in den Kolonien ausbezahlt und
die Damaraland-Konzeption beraten wurde.
Die Gesellschaftstätigkeit umfaßt ferner die
Förderung des kolonialen Wissens und der
Agitation, welche besonders große Erfolge in der
Vertheilung von Karten und Kartenbüchern, und
der Abhaltung von Vorträgen mit Lichtbildern er-

zielte. Daneben bildete die Auskunftsvertheilung
für Auswanderer neben den anderen die Aus-
wanderung betreffenden Aufgaben einen sehr
wichtigen Zweig der Gesellschaftstätigkeit. Es
wird ferner der Schriftwechsel zwischen dem
Auswärtigen Amt und der deutschen Kolonial-
gesellschaft über die Gesetzentwürfe betreffend die
Auswanderung mitgeteilt, aus dem hervorgeht,
daß die Gesellschaft in eingehendster Weise Vor-
schläge machte, welche geeignet sind, die so lange
schwebende Frage des Auswanderungsgesetzes zum
endlichen Abschluß zu bringen und hoffentlich an
maßgebender Stelle Beachtung finden werden.
Die wichtigsten Abänderungsvorschläge zu dem
Gesetz betreffend die Fürsorge für die Auswanderer
auch in den Einwanderungsländern und Schaffung
einer eigenen Abtheilung für das Auswanderungs-
wesen.

Nachdem die Versammlung durch den Herrn
Präsidenten, den Fürsten zu Hohenlohe-Schillingen-
Grußburg, den zweiten Bürgermeister der Stadt
Frankfurt die Kolonialgesellschaft will-
kommen, indem er daran erinnerte, daß Frankfurt
den Ausgangspunkt der Vereinigung gebildet habe.
Die Abtheilung Hannover hatte folgenden Antrag
eingebracht: „Die Hauptversammlung der deutschen
Kolonialgesellschaft vom 27. Mai 1893 beauftragt
ihre Präsidium, rechtzeitig vor Beginn der Kom-
missions-Verathungen des nächstjährigen Marine-
Budgets namens der Gesellschaft an den Reichs-
tag die Bitte zu richten, fortan nicht mehr mit
der Vereinfachung der Mittel für den Bau der im
Prinzip bereits zugelassenen, aber noch nicht in
Angriff genommenen sechs Kreuzer-Korvetten
zuzustimmen, sondern durch entsprechende Ver-
willigungen die baldige Fertigstellung derselben er-
möglichst zu wahren.“ Seitens des Ausschusses
sprach für den Antrag General-Lieutenant
a. D. von Treidmann-Vogelstein, seitens der Ab-
theilung Hannover Herr Rechtsanwalt Bojunga
und Herr Professor Schäfer, worauf der Antrag
einstimmig angenommen wurde. Herr Baron
von Lechtritz sprach über seine Erörterung der
Gebiete von Windhoek, Hoachanas und Gobabis
in wirtschaftlicher Beziehung, mit der Klarlegung
der Wasserverhältnisse beginnend, die Quellen und
Böden schildern. Die Kosten der Anlagen von
Wasser-Reservoirs hielt er nicht für berechtigt,
die größten Vortheile für den Ausfuhr liegen in
dem großen Grasreichthum, in den geringen Her-
stellungskosten für den Bau von Wohnungen, in
der Ueberflüssigkeit von Scheunen, Viehställen
u. s. w. Die Sicherheit im Lande wird bald
vollkommen sein und mit Hilfe der Vergamara
als Arbeiter kann man hoffen, das so lang ver-
nachlässigte Land zu entwickeln. Der General-
sekretär Dr. Volkmeyer sprach als Vertreter des
Synkats für die südafrikanische Siedlung
über den Stand der Arbeiten in Windhoek. Die
Anfangsschwierigkeiten sind überwunden, die An-
siedler fühlen sich wohl in dem gemäßigten Klima,
und das Syndikat wird bald zwanzig Ansiedler
haben. Allerdings hat das Syndikat auch größere
Schwierigkeiten zu überwinden, welche im Juli
die Reise nach dem Schutgebiete antreten werden.
Kleiner schloßte dann die ersten Arbeiten des
Ansiedlers, die Fürsorge der Gesellschaft durch
Hinsendung eines Arztes, und sprach die
größte Hoffnung aus, daß das Unternehmen sich
zu weiter entwickeln werde. Der Herr Vorsitzende
wies auf die große Wichtigkeit einer Schiffsver-
bindung mit Südafrika hin, bedauerte, daß
die Regierung noch keine größeren Terrains dem
Syndikat überwiesen habe, da Windhoek bald nicht
mehr ausreichen würde. Eine Aufstellung von
Buren an der Grenze sei auch politisch richtig,
um den Engländern eine gewisse Schranke zu
setzen. Eine Kandidaturverweisung an das Syndikat
seitens der Regierung könne um so leichter er-
folgen, als dasselbe der Regierung gegenüber
gewisse Verpflichtungen übernehmen wolle. — Als
Ort der nächstjährigen Hauptversammlung wurde
Berlin gewählt.

Hamburg, 29. Mai. Einer Bekannt-
machung der Cholera-Kommission des Senats zu-
folge ist seit gestern die alte Schöpfstelle der
Stadt-Wasserleitung geschlossen. Die Versorgung
der ganzen Stadt geschieht jetzt ausschließlich mit
filtrirtem Wasser.

Hamburg, 28. Mai. Der Staat hat
20000 Mark zu Reisestipendien für hiesige Ge-
werbetreibende zum Besuche der Weltausstellung
in Chicago bewilligt.

Mannheim, 29. Mai. Die hier tagenden
Generalversammlungen der deutschen Tabakfabri-
kantenvereine und des deutschen Tabakvereins sind
aus allen Theilen Deutschlands zahlreich besucht
und nehmen einen glänzenden Verlauf. Der Ta-
bakverein behandelte namentlich eingehend die
Sonntagsruhe und das Gesetz über die Waaren-
bezeichnungen.

Wien, 29. Mai. Im Stadtverordneten-
kollegium beantragte ein Ungeheuer, in einer
Rundgebung der Erbitterung darüber Ausdruck zu
geben, daß kein Ungeheuer von der Delegation in
die Kommission gewählt worden ist. Ein zweiter
Redner fragte an, ob es kein Mittel gebe, dem
Abg. Pfler das Betreten des Reichstages Ver-
boten zu verweigern.

Triest, 29. Mai. Bei der Neuwahl des
Stadtpräsidenten im vierten Wahlkörper ist die ganze
Liste der Progressisten mit erheblicher Majorität
durchgedrungen.

Niederlande.
Haag, 27. Mai. Gegenwärtig werden hier
vom luxemburgischen Bevollmächtigten mit dem
pöpstlichen Nuntius in Holland Verhandlungen
über die Bedingungen der Zustimmung des heil.
Stuhles zu der Verheißung des Erbprinzherzogs
mit der katholischen Herzogin von Braganza ge-
führt. Die aus der Ehe hervorgehenden Kinder
sollen katholisch erzogen werden.

Frankreich.
Paris, 27. Mai. Die Regierung hat ihre
liebe Noth mit den Sozialisten, die in St. Denis
das Stadregiment führen. An anderen Orten,
so z. B. an der Pariser Arbeiterfront, setzen die
französischen Sozialisten ihren Stolz darin, sich
an das Gesetz nicht zu halten; in der Stadt des
heiligen Franziskus dagegen behaupten sie die
übertriebene, peinlichste Achtung vor dem geschrie-
benen Gesetze und werden der Regierung dadurch
noch viel unangenehmer als die Gesetzesverächter,
gegen die man wenigstens die Polizeigewalt schwin-
gen kann, wenn sie es zu toll treiben. Bei der
Gesetzgebungswuth, die in Frankreich seit einem

Jahrhundert zu herrschen nicht aufgehört hat, ist
die Zahl der zu Recht bestehenden Gesetze fast
unübersehbar, und es finden sich unter ihnen sehr
viele, die, in einem Augenblick der Uebergehnapp-
heit entstanden, die Tollheit ihrer Ursprungszeit
in jedem Worte widerspiegeln. Sie sind nie in
aller Form aufgehoben worden, aber in Vergessen-
heit gerathen und stören deshalb im allgemeinen
nicht. Wenn aber ein Tüftler Forschungen anstel-
len und blicken will, so kann er mit Verwunderung
auf das Gesetz die verrücktesten Dinge thun oder for-
dern. Das läßt die Stadtverwaltung von St.
Denis sich jetzt angelegen sein. Zunächst hat sie
beschlossen, ihre Stadt künftig nur noch „Franciade“
zu nennen. Sie hat dazu ein unzweifelhaftes
Recht, denn der Konvent hat gesetzlich den Namen
Saint Denis, der an den „Aberglauben der
Vergangenheit erinnert“ und das Andenken an
die Erbgräbnisstätte der „Tyranen“ lebendig
erhält, abgeschafft und durch „Franciade“ ersetzt.
Diese Bezeichnung geriet nach der Umwälzung
außer Gebrauch, doch ist sie noch immer die
einzige gebräuchliche. Immer auf das Gesetz gestützt,
verbieten die Stadtväter von Franciade den Geist-
lichen aller Bekenntnisse jede Art von Umzügen
oder Amtshandlungen (z. B. kirchliche Beiden-
begänigungen) außerhalb der Kirche und haben
ein feines Kreuz für auf dem südlichen Kirch-
hof in Stücke zerlegen und von seinem Standort
weg nach einem Schuppen schaffen lassen. Die
Polizeibehörde der Stadt waren in Häusern unter-
gebracht, die der Gemeinde gehören. Die Stadt-
verwaltung kündigt der Polizei und diese wäre
in St. Denis oder Franciade obdachlos, wenn die
Seine-Präfektur nicht als Aufzuchtstätte dem
Kindungs-Beschlüssen die Bestätigung verweigert
hätte. Der Bürgermeister Walter droht nun, er
werde, wenn die Präfektur nicht nachgibt, die
Erfüllung der Vorschrift eines alten Gesetzes for-
dern, das verfügt, daß die katholischen Priester
Kirchhöfen und Wägenstrassen tragen müssen.
Die Regierung hat kein Mittel, diesen Pfaffen
den Kopf zurecht zu setzen. Sie kann den Ge-
meinderath auflösen, aber St. Denis, das haupt-
sächlich von sozialistischen Arbeitern bewohnt ist,
würde nur wozu noch überpaarmalige Ver-
treter wählen. Es bleibt also nichts übrig, als
sie durch Ueberredung von ihren Scherzen abzu-
bringen.

In Tunis richtet sich Frankreich häuslich ein.
Am Sonntag Vormittag fand dortselbst in An-
wesenheit des Beys die Einweihung des neuange-
legten Hafens statt. Der französische Infanterie-
Guerrier hob in seiner Rede hervor, Frankreich sei
nicht nach Tunis gekommen, um Krieg und Er-
oberungen zu suchen, sondern um Frieden und
Zivilisation zu verbreiten und um allen ausländi-
schen und französischen Arbeitern und Kapitalisten
die volle Sicherheit zu verschaffen. Tunis hat
sich unter französischem Protektorate zu hoher
wirtschaftlicher Blüthe erhoben, nachdem es zuvor
auf dem Niveau eines Banditenstaates befun-
den hatte. Die jetzige Feste bildet eine neue be-
deutende Etappe auf dem fortschreitenden Wege
der Entwicklung, welche Tunis in den letzten
Jahren genommen hat.

Paris, 29. Mai. Die Kammer setzte heute
die Verathung des Gegenwurfs über die Wahl-
freie fort. Im Laufe derselben wurde ein Amei-
denentwurf angenommen, wonach das Mandat
eines Deputirten unvereinbar sei mit jedem öf-
fentlichen, mit Befolgung verbundenen Amte. Ange-
nommen von der Unvereinbarkeit sollen nur jene
Minister und Staatssekretäre; dann solche
Professoren, welche ihren Lehrstuhl entweder im
öffentlichen Konfessur oder durch Berufung erhalten
haben, und solche Personen, welche zeitweilige,
nicht länger als 6 Monate währende Missionen
annehmen.

In parlamentarischen Kreisen erblickt man in
dem Kammerentwurf eine Niederlage des Minis-
terpräsidenten Dupuy und meint, daß seine Stellung
nicht unerheblich erschüttert sei. Die Kammer
habe dem Minister-Präsidenten, welcher die Zu-
versicht ausgesprochen habe, daß die nächsten
Wahlen unter seiner Präsidentschaft stattfinden
würden, eine mächtige Waffe entzogen wollen.

Italien.
Rom, 29. Mai. Der Papst empfing heute
nach der Messe, welche vom griechisch-ruthenischen
Erzbischof von Lemberg Dr. Sembratowicz in der
Vajilla-Sankt Peter celebrirt wurde, 200 ruthen-
ische Pilger. Der Erzbischof von Lemberg verlas
eine mit Aufzügen von Unterschriften versehene
Adresse. In seiner Erwiderung sprach der Papst
den Pilgern seinen Dank aus und betonte, daß er
speziell die Ruthenen unter seinen väterlichen Schutz
nehme; er freue sich der erreichten Erfolge und
wünsche nicht an der Anhänglichkeit der Ruthenen
an den päpstlichen Stuhl. Der Papst gab seiner
Zuversicht Ausdruck, daß die diffidenten orien-
talischen Kirchen in den Schoß der katholischen
Kirche zurückkehren würden, und ertheilte den Pil-
gern den Segen.

Rußland.
Petersburg, 29. Mai. Als am Sonn-
abend in Moskau dem Kaiser und der Kaiserin
von verschiedenen Deputationen Heiligenbilder dar-
gebracht wurden, was ein Erbitten des himm-
lichen Segens bedeutet, wandte sich der Kaiser
an das Moskauer Stadthaupt mit den Worten:
„Ich danke Ihnen und nehme mit Vergnügen
Ihren Segen an. Es ist so, wie Sie richtig
sagen, ich bedarf des Segens Gottes. Ich bin
sehr froh, den heutigen Tag in Moskau zu ver-
bringen. Ich danke Ihnen nochmals sehr.“ Zu
dem Moskauer Stadthaupt sagte der Kaiser bei dem
gleichen Anlasse: „Ich danke Ihnen, meine Her-
ren, für Ihren Segen und nehme ihn an. Diese
zehn Jahre gingen glücklich vorüber und ich
hoffe, daß mit Gottes Hilfe auch weiter so
sein wird. Uebermitteln Sie dem Moskauer Adel
unseren, meinen und der Kaiserin Dank.“

Rumänien.
Bukarest, 25. Mai. Auf Befehl der Staats-
anwaltschaft sind die beiden national-liberalen
Journalisten Bradanu und C. Popescu verhaftet
worden. Diese Verhaftung hat ein weit größeres
Aufsehen erregt, als die beiden Verhafteten
für ihre Person jemals zu beanspruchen das Recht
hätten. Bradanu und C. Popescu hatten am 21.
Mai, am Vortage des nationalen Erinnerungsfestes
zu Ehren der Thronbesteigung und der
Krönung Karol I. ein Pamphlet unter dem Titel
„Eventualität ziele“ (Das Ereigniß des Tages)
herausgegeben, das außer einigen entsprechenden
Zusätzen der Herausgeber eine Wiedergabe der

gehäßigsten und gemeinsten Artikel enthält, die
gegen den König und die dynastische Ordnung
zu verschiedenen Zeiten und von Blättern ver-
schiedener oppositioneller Parteien Rumäniens
veröffentlicht worden sind. Die Brandartikel der
altkonservativen „Epoca“ aus jener Zeit, in der
ihr Herausgeber, der jetzige Primar der Haupt-
stadt, als jugendlich oppositioneller Heißhörn noch
im antinationalistischen Fahrwasser segelte, finden sich
da in brüderlicher Eintracht neben den jüngsten
Artikeln eines jassyer national-liberalen Opposi-
tionsblattes über die Berechtigung des Königs-
mordes, über die Nothwendigkeit einer Entfernung
des Königs und was dergleichen antinationalistische
Ausfälle mehr sind. Da jedoch nach der rumä-
nischen Verfassung die Präventivhaft wegen Ver-
gehen unzulässig ist und der Regierung auch
sicherlich keine Verletzung dieser Verfassungsbestim-
mung zugemutet werden kann, so wird wohl der
Grund für die in Rede stehenden Verhaftungen
in einer dem Inhalte ihres Pamphlets ent-
sprechenden persönlichen Agitation der Herren
Bradanu und C. Popescu gesucht werden müssen.
Da aber auf eine solche die zum Schutze der
Pressefreiheit lautenden Bestimmungen der Ver-
fassung keine Anwendung zu finden haben, so wird
die Blätter der ehemaligen mit ihrer Königs-
gestreue prunkenden national-liberalen Opposition
gut thun, erst die offizielle Verlautbarung der
Gerichtsbehörde abzuwarten, statt schon jetzt über
eine angeblich „infame“ Verletzung der ver-
fassungsmäßig garantierten Pressefreiheit herzu-
ziehen.

Griechenland.
Zu den zwischen Griechenland und Rumänien
schwebenden Angelegenheiten wegen der Zappa-
schen Erbschaft haben jetzt auch die Pariser juristi-
schen Fakultät angehörigen Professoren Weiß und
Kain das von ihnen eingeforderte Gutachten ab-
gegeben. Beide kommen zu dem Ergebnis, daß
das Recht auf Seiten der griechischen Regierung
liege. Die dem griechischen Staate aus der Zappa-
schen Erbschaft zugefallenen Vermögensstücke seien
rechtskräftig, da es kein Gesetz gebe, das deren
Rechtsültigkeit befreite. Auch der Einwand, die
rumänische Regierung könne aus Gründen der
öffentlichen Sicherheit nicht zugeben, daß eine
fremde Regierung in Rumänien unbewegliche
Güter besitze, sei gesetzlich nicht stichhaltig, denn
die rumänische Regierung habe selbst zu Zeiten,
wo sie dies hätte thun können, keinen Einspruch
hiergegen erhoben. Die Einmischung der rumä-
nischen Regierung in den Erbschaftstreit sei somit
ohne jede gesetzliche Grundlage.

Afrika.
Die neuesten schon erwähnten Nachrichten über
das Ende Emms sind einem Briefe entnommen,
den der Hesse Tippo Tippo, der Gouverneur der
Stanleyfälle nach dem Vuyamoben den Süd,
unter dem 3. Dezember 1892 ihm von den
Stanleyfällen aus zugesandt hat. In diesem in
der Uebersicht einen freundlichen Tippo Tippo, dem in
Auntwerpen auflässigen Kapitän Jerome Beder,
eingesandten Briefe nachschauen, heisst es über
Emm: „Nichtig über das Ende: Er ist
aus Koroondo abgezogen, um sich nach Unyoro zu
begeben und in Wadai einen seiner Leute Na-
mens Kirongo-Monga, der vieles Eisenblech gekauft
hatte, einzuholen. Said ben Abed sitzt auf Emm,
der ihn betrogen wollte. Die beiden Truppen
haben sich zwei Tage hindurch geschlagen. Am
dritten Tage ist Emm besiegt und zum Rückzuge
gezwungen worden, nachdem er viele Leute ver-
loren hatte. Am vierten Tage haben die Leute
Said ben Abeds Emm nachgeholt und haben ihn
eingeholt. Man hat sich aus neue geschlagen.
Emm ist gefangen genommen und mit allen seinen
Leuten getödtet worden. Von den Leuten seiner
Truppe blieben nur diejenigen übrig, welche er in
Wadai oder anderswo belassen hatte.“

Amerika.
Chicago, 15. Mai. In demselben Park, in
dem vor einem Jahre die Deutschen Chicagos dem
Förder und Gelehrten Alexander von Humboldt,
der dem Park den Namen gab, ein Denkmal aus
Eis setzten, standen gestern Nachmittag Tausende
von Deutschen, um die Hülle von dem Denkmal
des großen Volksdichters Fritz Reuter fallen zu
sehen. Während es am Morgen regnete und
trübe ausfiel, begünstigte warmer Sonnenschein
die Feier, die um 2 Uhr mit einem Umzug deut-
scher Vereine begann. Der Fabrikant Louis
Wolff fungierte als Festmarschall des Zuges, der
sich im nordwestlichen Stadtviertel formirte und
von dieser deutschen Gegend nach dem die Fierce
dieses Stadtviertels bildenden Park zog. Am dem
Festzug nahmen die Weipart-Kommissionäre, das
Zentral-Komitee des Fritz Reuter-Denkmal-Vere-
ins, dessen Präsident A. C. Heising ist, zehn
deutsche Gesangsvereine, elf plattdeutsche Gilden,
vier Kriegervereine, acht Turnvereine, verschiedene
Jugend und geistliche Vereine, sowie der deutsche
Presklub Theil. Auch der deutsche Reichskom-
missar Vermuth, die deutsche Reichskommissarin
Fran C. Kasselowsky, sowie die hiesigen Konsulu
Deutschlands und Oesterreichs waren eingeladen,
in Ruschen am Zuge theilzunehmen. Die Ver-
treter der deutschen Regierung hatten sich denn
auch die Gelegenheit, als Ehrengäste einem deut-
schen Feste in Amerika beizuwohnen, nicht ent-
gehen lassen. Geheimrath Vermuth und sein
Vertreter, Regierungsrath Richter, waren mit
ihrem ganzen Stabe erschienen. Auf die Herren
aus Deutschland machte die Feier, an der 50000
Menschen, zumeist Deutsche, theilnahmen, einen
tiefen Eindruck.

Die Enthüllungsfest selbst wurde mit Or-
chestermusik eingeleitet. Präsident A. C. Heising
übergab dann das Denkmal mit einer Ansprache
den Parikkommissionären und nachdem es durch den
kleinen Sohn des Festmarschalls Ludwig Wolff
enthalten war, übernahm Parikkommissar Karl
Wolff das Denkmal im Namen der Kommission.
Prächtig erlang im Freien auf dem mit Tausen-
den besetzten Festplatz der von dem Massendor
vorgebrachte Wehgefang von Mohr. Der städti-
sche Bibliothekar Herr C. F. Ganz, ein Schweizer,
leserte den Dichter in einer deutschen Rede,
während William Bode in englischer Sprache auf
die Bedeutung Reuters, der nicht Mecklenburg
und den Niederdeutschen, sondern der ganzen
Welt angehört, hinwies. Das Gesinger-Quar-
tett und der Massendor hatten — der letztere mit
dem Lied „Das treue deutsche Herz“ — die Zwi-
schenpausen ausgefüllt und mit der in Reuters
Mundart gehaltenen Rede des Präsidenten des
Plattdeutschen Vereins, Wilhelm Meyer, schloß
die Feier.

Am Abend fand in Hooleys Theater eine
Festvorstellung „Entpfeffer Bräutigam“ statt. Die
Titelrolle hatte der Festredner Wilhelm Meyer
übernommen, während der Sekretär des Platt-
deutschen Vereins Fritz Augustin den Haver-
mann spielte. Die übrigen Rollen waren von
Mitgliedern der hier zur Zeit im Hooleyischen
Theater gastirenden deutschen Gesellschaft be-
setzt. Ein Prolog ging der Vorstellung voraus.

Die nahezu drei Meter hohe Statue wurde
von dem New Yorker Bildhauer Friedrich Engel-
mann in München modellirt und sammt den Re-
liefs in der berühmten Erzgießerei des Professors
Christoph Lenz in Nürnberg gegossen. Die
Statue bringt den Dichter entpfefferten Hauptes,
im höchsten Gehrock, den linken Fuß leicht vor-
wärts setzend, zur Anschauung. Der rechte Arm
liegt mit den Fingern die Weste fassend, auf der
Brust, während die Linke des Dichters ein Buch
hält, mit dem er sich auf einen hinter ihm be-
findlichen Stumpf einer Eiche stützt. Der Blick
des treffend ähnlich Dargestellten ist in die Ferne
gerichtet. Den Sockel des Denkmals zieren Re-
liefs, die Szenen aus verschiedenen Werken Fritz
Reuters vor Augen führen. Die gleichfalls am
Sockel angebrachte Erztafel hat folgende Inschrift:
„Wenn er die Welt, hat bei der Welt, dem kann bei
nicht mehr dauern, als bei der Welt. In warmer Ver-
ehrung dem echten deutschen Volksdichter geweiht
von den Deutschen Chicagos.“ Es folgt die
Jahreszahl in römischen Ziffern. Die Kosten
des Denkmals sind durch mehrjährige Agitation
auf dem Wege freiwilliger Beiträge, Festvor-
stellungen, Verlosungen u. s. w. aufgebracht
worden.

Den Dichtern Schiller und Reuter, dem
Gelehrten Humboldt haben die Deutschen in
den Chicagor Parks Denkmäler gesetzt, jetzt ar-
beiten sie auf die Errichtung eines Gölze-Denk-
mals hin.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin, 30. Mai.** Ein am 5. Dezember
v. J. bei dem Restaurateur Schmid, Cap cheri,
verübter Einbruchsdiebstahl beschlagnahmt heute
die Strafkammer des hiesigen Landgerichts.
Angeklagt waren der Arbeiter Vincent Adamski
wegen schweren Diebstahls und der Malergehülfe
Peter Paulik wegen Diebstahls. A. kannte die
Gelegenheit sehr genau, da er früher in dem Lokal
als Hausknecht angestellt war. Er ist, nachdem
er eine Fingerscheibe zerrümmert, in ein Paten-
zimmer gelangt, von wo er eine größere Partie
Kleidungsstücke im Gesamtwerthe von 200 Mk.
mitnahm. Wahrscheinlich stand unterdessen ein
Anderer „Schmied“, da Zeugen zwei Personen
aus dem Hause treten sahen. Einen Kammer-
rock verpackte der Erlangangeklagte auf den Namen
von Paulik, der Verbleib der übrigen Sachen
blieb unermittelt. Adamski behauptete, der nicht
ermittelte Gewisse habe den Diebstahl ausgeführt
und nachher mit ihm getheilt, das Gericht schenkte
dieser Angabe jedoch keinen Glauben, da nur eine
Fingerspur, und zwar die des Angeklagten, unterhalb
des Fensters gefunden wurde. Bezüglich des P.
nahm das Gericht an, daß derselbe aus der Be-
schaffenheit des Kleidungsstückes auf dessen unrechtmä-
ßigen Erwerb hätte schließen müssen. Demnach
lautete das Urtheil gegen A., der vielfach vorbe-
straft ist, auf 3 Jahre Zuchthaus, Erwerbsloshilfe
auf die gleiche Dauer und Zulässigkeit der Polizei-
aufsicht, gegen P. auf 2 Monat Gefängnis.

Ein alter Zwanzigjähriger, der bereits 13 Male
vorbestraft ist und insgesamt 17 Jahre und 9
Monate in Strafanstalten zugebracht hat, stand
in der Person des Arbeiters Heinrich Hahn vor
derselben Strafkammer. Demselben werden drei
vollendete und ein versuchter Diebstahl zur Last
gelegt. In der Gegend vor dem Berliner Thor
wurde im letzten Winter mehrfach von Wildschweinen
Butter entwendet. Der Verdacht lenkte sich auf
den Angeklagten, der schließlich am 13. Februar
d. J. ertrapp wurde, als er gerade in einen
Butterkasten hineinkam. D. wollte gestern vom
garnichts wissen, das Gericht erachtete ihn jedoch
in allen Fällen für überführt und verurtheilte
ihn zu einer Zuchthausstrafe von 2 Jahr
6 Monat, jährigem Erwerbsloshilfe und Stellung
unter Polizeiaufsicht.

* In der Zeit vom 21. bis 27. Mai sind
hier selbst 22 männliche und 50 weibliche, im
Summa 72 Personen polizeilich als verstorben
gemeldet, darunter 23 Kinder unter 5 und 17
Personen über 50 Jahren. Von den Kindern
starben 4 an Lebensschwäche, 4 an Krämpfen
und Krampfschmerzen, 3 an Abzehrung, 3 an Ent-
zündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen,
2 an Schwindel, 2 an Gehirnkrankheiten, je
1 an Diphtherie, Rote, Grippe, Schlagfluß und
an entzündlicher Krankheit. Von den Erwa-
chenen starben 5 an Entzündung des Brust-
fells, der Luftröhre und Lungen, 4 an Alters-
schwäche, je 3 an Schwindel, organischen
Herzkrankheiten und entzündlichen Krankheiten,
Gehirnkrankheiten und entzündlichen Krankheiten,
je 1 an Unterleibspest, Wochenbettfieber,
Syphilis, Krebskrankheit, Entzündung des Unter-
leibs und Schlagfluß.

* Am Sonntag früh wurde in einem Wasser-
graben hinter dem Platz am Dünzig No. 11, in
eine Zigarrenfabrik verpackt, die Leiche eines
etwas sieben Tage alten Kindes gefunden.

* In Folge mehrfach eingelaufener Klagen
wegen Ueberfüllung der Personendampfer und der
Fährschiffe verhängt sich der Herr Polizei-Prä-
sident veranlaßt bekannt zu geben, daß die zustän-
digen Polizeibehörden angewiesen sind, solche Ueber-
füllungen auf jeden Fall zu verhindern. Zugleich
ergibt an das Publikum das fremde Vergehen
im Interesse der eigenen Sicherheit die bestmög-
lichen Vorkehrungen zu beachten und nöthigenfalls
selbst Aufsicht zu üben.

— Nach einer Verfügung des preussischen
Kultusministeriums haben am Donnerstag, den
15. Juni, als am Tage der allgemeinen Wahlen,
sämmliche Schulen der preussischen Monarchie ge-
schlossen zu bleiben. Dasselbe gilt für die Tage
der Städt- oder Nachmittags überall da, wo solche
Wahlen erforderlich sein werden. In den anderen
deutschen Einzelstaaten dürften demnach gleiche
Anordnungen getroffen werden.

— Im Wahlkreise Grimmen-
Greifswald haben sich Nationalliberale und
Freisinnige über einen gemeinsamen Kandidaten
geeinigt und zwar ist Professor Dr. Köhler-
Bodum in Aussicht genommen, welcher für die
Militärvorlage eintritt. — Für August-
Regenwald hat die freisinnige Vereinigung

